

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Illustration Sonntagsbeilage 'Soll und Sollen' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Welt', 'Frauenstimme', 'Der Kinderfreund', 'Jugend-Vorwärts' und 'Bild in die Arbeiterwelt' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Kontrahierung 80 Pfennig, 10 Zeilen...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 3. Mai 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Der Kampf um das Scharfmachergesetz

Stürmische Debatte im Unterhaus über das Anti-Gewerkschaftsgesetz.

London, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Unterhaus begann am Montag mit der zweiten Lesung des Anti-Gewerkschaftsgesetzes der eigentliche Kampf der Arbeiterpartei gegen die Angriffe auf die Organisationen.

Der Anwalt der Scharfmacher.

London, 2. Mai. (W.B.) Im Unterhaus behandelte in seiner bereits kurz gemeldeten Begründung der Gewerkschaftsvorlage der Generalsekretär Hogg die Auseinandersetzungen, die durch die geplante Regelungsmassnahme hervorgerufen worden sind.

Die Opposition nahm diese Erklärung mit ironischen Beifallsrufen auf. Die Regierung habe, so fuhr Hogg fort, es als nutzlos betrachtet, das Verbot der allgemeinen Aussperrung mit dem Verbot des Streiks zusammen in die Vorlage aufzunehmen.

Chamberlain über Albanien.

Allgemeine Redensarten im Unterhaus.

Im Unterhaus gab Chamberlain eine längere Erklärung über den italienisch-jugoslawischen Konflikt ab. Er betonte, daß er den Vertrag von Tirana erst am Tage seiner Veröffentlichung und Registrierung beim Völkerbund kennengelernt hätte.

Moskau und die Komintern.

Die Politik der Niederlagen.

Von Heinrich Ströbel.

Das ehemalige Mitglied der kommunistischen Reichstagsfraktion, Dr. Rosenberg, hat seinen Austritt aus der KPD damit begründet, daß er die widersprüchliche, wirre, zu unausführlichen Niederlagen führende Politik des Kommunismus nicht länger mitverantwortlich könne.

Uns erscheint diese Erklärung der widersprüchlichen und verworrenen Politik Moskaus auf Grund der vorliegenden Tatsachen allzu einfach und allzu schematisch. Denn wenn sich Moskau wirklich klar wäre über die Außenpolitik, die seinen Interessen dienlich ist, so bestände es auch durchaus die Möglichkeit die Haltung der Komintern mit dieser Politik in Einklang zu bringen.

Wenn Moskau in Deutschland, Frankreich und England eine kommunistische Bewegung für wünschenswert hielt, die der russischen und weltrevolutionären Propaganda entspreche und sich auf eine Politik des Möglichen einstellte, so könnte es das haben, ohne daß darum alsbald ein katastrophaler Zusammenbruch der kommunistischen Partei eintrete.

Die Dinge scheinen uns in Wirklichkeit so zu liegen, daß Moskau selbst keine eindeutige und klare Politik treibt. Nicht unter irgendeinem äußeren Zwange, sondern weil in seiner eigenen Seele zwei Geister leben: der Geist realpolitischer Befonnenheit und der Geist des weltrevolutionären Abenteuerertums.

Die Beweise für unsere Auffassung scheinen uns zwingend zu sein. Man urteile selbst. Da erfahren wir jetzt, daß Bucharin sich in einer großen Polemik gegen KADEL gewandt hat, der, nach der Darstellung des gemeinsamen in russischen Dingen ausgezeichneten verstorbenen Paul Scheffer, die rote Revolution in China näher sah als das offizielle Moskau.

Zunächst eine kurze Einschaltung: es berührt seltsam, daß Bucharin sich gerade gegen KADEL zu wenden für nötig hält. Denn als der englische Genosse Brailsford sich im März in Moskau aufhielt, war es nach seiner Darstellung im 'New Leader' neben Karahan gerade KADEL, der ihm versicherte, daß die Russen durchaus nicht auf eine Verschärfung des chinesischen Bürgerkriegs ausgingen.

Was wird aus der Krisenfürsorge?

Sozialdemokratischer Einspruch im Sozialpolitischen Ausschuss gegen den Abbau.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages trat am Montag zur Beratung der Arbeitslosenversicherung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhob Abg. Grafmann (Soz.) namens der sozialdemokratischen Fraktion gegen die vom Reichsarbeitsminister verfügten Einschränkungen in der Krisenfürsorge Einspruch.

Zusicherung ausreichender Unterstützung

für die übrigen unverschuldet in der Arbeitslosigkeit verbleibenden Arbeitnehmer.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns antwortete, daß es sich um zwei Vorgänge handelt. Der Erlaß für die erwähnten drei Gewerbebezüge besagt, daß in diesen Berufen kein weiterer Zugang zur Krisenfürsorge stattfinden darf.

Bereits Mangel an Arbeitskräften

zu verzeichnen ist und daher die Unterstützungsdauer verkürzt werden könne. Neben der besseren Lage des Arbeitsmarktes sei die Maßnahme des Ministeriums auf die Erfahrung zurückzuführen, daß die bestehende Krisenfürsorge eine starke Ausnutzung und mißbräuchliche Inanspruchnahme erfahre habe.

Es sind Leute in die Krisenfürsorge hineingeraten, die in die Wohlfahrtspflege gehören. Aus diesen Gründen müsse das Reichsarbeitsministerium eingreifen.

Abg. Hoch (Soz.) beantragt die Befreiung der Regierungs-erklärung und führt alsdann zur Sache aus, daß es durchaus verständlich ist, wenn die langfristigen Erwerbslosen allmählich seelisch und körperlich zusammenbrechen, d. h. im Sinne der Gesetzgebung dann nicht mehr als arbeitsfähig anerkannt werden.

all diese unverschuldet ins Elend hineingeratenen Arbeiter und Angestellten einfach ihrer Not zu überlassen.

Die Gemeinden sind nicht in der Lage, diesen aus der Krisenfürsorge herausgeworfenen Menschen ausreichend zu helfen, und die Renten- und Invalidenversicherung reichen bei weitem für den Lebensunterhalt nicht aus.

daß die Sozialdemokratie nicht darauf verzichten wird, diesen Vorgang auch im Plenum des Reichstages zur Sprache und zur Erledigung zu bringen.

Grafmann weist darauf hin, daß Arbeiter über 60 Jahre nicht mehr eingestellt werden und fragt, was nun mit diesen unglücklichen Menschen werden soll.

Schließlich wird eine Entschlieung, nach der die Verordnung des Reichsarbeitsministeriums aufgehoben werden soll, gegen die Stimmen der SPD. und KPD. abgelehnt. Eine von Frau Teusch (Z.) begründete Entschlieung besagt, daß bei der bevorstehenden Vorlage zur Krisenfürsorge jede lokale Begrenzung unterbleiben soll.

Die Weiterberatung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wurde auf Dienstag vertagt.

















Erfolge öffentlicher Betriebsführung.

Die Berliner Gas- und Wasserwerke berichten. - Vorbildliche Wirtschaftlichkeit.

Der moderne Großstädter ist von den Grundlagen des wirtschaftlichen Lebens so weit entfernt, daß er nicht einmal mehr die Arbeitsprozesse sieht und kennt, die der Befriedigung seiner elementarsten Lebensbedürfnisse dienen.

Die großen kommunalen Unternehmungen, die der Massenerziehung der Städte dienen, sind Wunder der Technik.

Sie stehen durchaus nicht hinter den technischen Wundern zurück, die aus älteren Zeiten auf uns gekommen sind, wie z. B. die ägyptischen Pyramiden oder die Straßenbauten des alten römischen Reiches.

Die Berliner Städtischen Gaswerke und auch die Wasserwerke veröffentlichen ihren Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1926. Keuchend trocken Aneinanderreihungen von Zahlen und Tatsachen. Wer aber ihren inneren Sinn erfährt, der erkennt darin den Pulsschlag des wirtschaftlichen Lebens der Millionenstadt.

die Gaswerke,

daß ihre Abgabe von 395 Millionen Kubikmetern im Jahre 1925 auf 418 Millionen Kubikmeter im Jahre 1926 gestiegen ist. Damit haben die Werke zwar nicht ihre bisherige Höchstleistung wieder erreicht, die im Jahre 1918 mit 476 Millionen Kubikmetern verzeichnet wurde.

ständige Verbesserung der inneren Ökonomie

der Werke erkennen kann, ist die Ausbeute an Gas auf eine Tonne vergast Kohle. Während diese Ausbeute im Jahre 1924 erst 381 Kubikmeter für eine Tonne vergast Kohle betrug, ist sie im Jahre 1925 auf 423 (!) Kubikmeter gestiegen und hat sich im Jahre 1926 noch auf 447 (!) Kubikmeter verbessert.

Besserung im Weltschiffbau. Deutschland an zweiter Stelle.

Eine bis zum 31. März 1927 reichende, jetzt herausgegebene Statistik des Lloyd's Register of Shipping (Aufsichtsbehörde für den Schiffbau) gibt interessante Aufschlüsse über den Aufschwung, den der Schiffbau insbesondere in den europäischen Ländern im Verlauf des letzten Viertel- bzw. Halbjahres genommen hat.

Nach den vom Lloyd's Register herausgegebenen Ziffern verfügte Deutschland am Ende des 1. Quartals 1927 über einen Auftragsbestand von 350 933 BrRT. (einschließlich Danzig 387 073 BrRT.) gegenüber 211 026 BrRT. im 4. Quartal 1926 und 127 021 BrRT. im 3. Quartal 1926.

Weltschiffbau im 1. Quartal 1927.

Table with columns: Bauländer, Dampfschiffe, Motorschiffe, Großschiffe u. Deckschiffe, Zusammen. Rows include Großbritanien u. Irland, Deutschland und Danzig, Italien, Frankreich, Holland, Vereinigte Staaten, Schweden, Dänemark, Japan, Spanien, Ubrige Länder, Insgesamt.

Diese Statistik ist insofern unvollständig und irreführend, als die Zahlen nur diejenigen Schiffe umfassen, mit deren Bau bereits begonnen ist. Da Lloyd's Register seine Statistiken auf Grund von Angaben aufbaut, die ihm auf vordruckte Fragebogen, die er selbst einwendet, seitens der Werften zugehen, dürfte es sich als praktisch erweisen, diesen Fragebogen künftig eine Rubrik anzufügen, in die auch die Gesamt-Auftragsbestände jeder Werft einzufügen sind.

einer Tonne vergast Kohle in Verbindung mit dem Rückgang des Personalbestandes zeigt, daß auch in der Gastechnik die Rationalisierung der Produktion fortschreitet.

Vorbildliche Rationalisierung.

Die Gesamtsumme der bei den Gaswerken gezahlten Gehälter und Löhne einschließlich der Pensionen und Hinterbliebenengelder ist, trotz der Verminderung der Belegschaft, von 20 Millionen Mark im Jahre 1924 auf 25 Millionen Mark im Jahre 1925 und auf 28 Millionen Mark im Jahre 1926 gestiegen.

Die städtischen Wasserwerke.

Die verkauften Wassermenge stieg von 116 Millionen Kubikmeter im Jahre 1925 auf 121 Millionen Kubikmeter im Jahre 1926. Das Ergebnis ist deshalb bemerkenswert, weil die Wasserabgabe nicht allein von der wirtschaftlichen Konjunktur, sondern wesentlich auch von den Witterungsverhältnissen abhängt.

Es sind alles in allem sehr erfreuliche Dinge, die die städtischen Gaswerke und die Wasserwerke berichten: Sie sind nicht nur erfreulich, sondern auch wichtig. Die Zahlen und Tatsachen dieser Geschäftsberichte, die gediegene Wirtschaftsführung, die aus ihnen spricht, tragen wesentlich dazu bei, das Ansehen Berlins als öffentlicher Unternehmer zu heben und seinen Kredit im Inlande wie im Auslande zu verbessern.

Dr.-Ing. W. Majerczyk.

Die Diktatur auf dem Schrottmarkt. Herrschaft der Schwerindustrie.

Bereits im Dezember haben wir eingehend die Lage in der deutschen Schrottwirtschaft geschildert und vor allen Dingen auf die Monopolbestrebungen der Schwerindustrie hingewiesen. Die Einkaufsorganisationen der Schwerindustrie sind jetzt endgültig gebildet: einerseits durch das Abkommen zwischen der Deutschen Schrottreinigungsgesellschaft m. b. H. in Berlin und der Rheinisch-Westfälischen Einkaufsgemeinschaft, und andererseits durch den Eintritt der drei Lukenfeilerfirmen, nämlich der Hahn'schen Stahl- und Walzwerke A.-G.

Die Rheinisch-Westfälische Einkaufsgemeinschaft, die die Schrotterzeugung für Sachsen, Rheinland und Westfalen zu regeln hat, hat ihre eigene Vertriebszentrale in Dortmund, während die Deutsche Schrottreinigungs-Gesellschaft, die die Versorgung für Mittel-, Ostdeutschland und Polnisch-Ober-Sachsen übernommen hat, ihren Sitz in Berlin hat.

Infolge der glänzenden Konjunktur in der gesamten Eisenindustrie macht sich seit etwa 1 1/2 Monaten ein sehr großer Bedarf an Schrott bemerkbar, und die zu verarbeitende Industrie als Lieferant von Altmaterial unter Ausnutzung der günstigen Geschäftslage höhere Preise fordert, als der Handel sich verpflichtet hatte, war die Versorgung mit Schrott für die Schwerindustrie durch die oben bezeichneten Einkaufsorganisationen vorübergehend stark gefährdet.

Bezeichnend ist es, daß die Schwerindustrie vorübergehend im Auslande weit höhere Preise angelegt hat, als sie für die Inlandslieferungen bewilligen wollte. Da andererseits aber Ausfuhrbewilligungen nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen und in einem sehr beschränkten Umfang erteilt werden, ist die Schwerindustrie letzten Endes wieder der Rummelplatz einer überregenden Monopolstellung.

Solange die Regierung die Politik der Schwerindustrie in der Schrottwirtschaft in einem solchen Maße begünstigt, wie sie es bisher durch Richtnachprüfung der Preisvereinbarungen und durch die Ausfuhrperre getan hat, ist an eine Beseitigung der Monopolstellung der Schwerindustrie nicht zu denken.

Neue Aufwärtsbewegung der Aktienkurse. Wie die Commerz- und Privatbank feststellt, haben die an der Berliner Börse notierten Aktien im Monat April wieder eine Erhöhung des allgemeinen Kursniveaus erfahren. Während Ende März nur 68,8 Proz. der in Berlin notierten Aktien mit 100 und mehr Prozent des Nominalwertes bewertet wurden, waren es Ende April 72,6 Prozent.

Die Roggenpfandbriefe werden nicht auf Reichsmarkt umgestellt. Das Bestreben jener Landwirte, die durch die Aufnahme von Roggenpfandbriefen in Schwierigkeiten gekommen sind, eine Umwandlung der Roggenpfandbriefe in Reichsmarktpfandbriefe zu erreichen, ist bisher erfolglos geblieben.

Ein Großabschluß aus der Kabelindustrie. Die Getten- und Guillaume Carlswert A.-G. in Köln-Mülheim, die bei einem Aktientkapital von 60 Millionen Mark die größten und wichtigsten Kabelwerkstätten Deutschlands mit Kupferwerken, Drahtzereien, Drahtwalzwerken, Bandstahl- und Verzinkereibetrieben in Besitz hat, kann für 1926 auf sehr bemerkenswerte technische Leistungen zurückblicken.





